

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

230 (20.8.1919) Erstes Blatt

kenntnis aber für die Bekanntheit einrichten darf. Die neue Bestimmung weist auf den orantlichen Ausbau, der nicht beinträchtigt werden darf, ausdrücklich hin. Es kann auch nicht jede Gemeinde tun was sie will. Das Nähere bestimmt vielmehr die Landesgesetzgebung. Und für diese werden in einem Reichsgesetz die Grundzüge aufgestellt.

Darauf wird nun alles ankommen, daß das Reichsgesetz die Aufgaben der Schule nachdrücklich sichert. Die Deutsche demokratische Partei wird an dem Ausbau des Reichsgesetzes mitwirken. Sie wird sich dieser Pflicht nicht entziehen. In dem Gesetz sollen die Gebiete, in denen die Gemeinschaftsschule heute schon gesetzlich besteht, besonders berücksichtigt werden. Nach der Erklärung der Regierung wird man dort den Bestand dieser Schulform sichern, eine etwa anzuwendende Umänderung wesentlich erleichtern.

Weittragende Aneinanderreihung hat das Zentrum von der Sozialdemokratie auch in der Frage des Privatunterrichts erreicht. Das ist umso auffälliger, als die Sozialdemokratie anderwärts die Privatstudien einfach verbieten will. Auf Grund der neuen Bestimmungen werden die kirchlichen Privatstudien, die Mütter- und Ordensschüler in den katholischen Ländern in reichem Maße entbehren. Die evangelische Kirche hat dem nichts Technisches zur Seite zu stellen; sie wird aber jedenfalls auch bemüht sein, wo es ihr möglich erscheint, kirchliche Privatstudien einzurichten. Neben religiöser Gemeinschaft, aber auch jede kirchlichamerikanische Weltanschauung, die Gewicht darauf legt, daß die Kinder bereits in ihrem Geiste von den andern abgehoben werden, kann Privatstudien errichten. Auch an dieser Stelle also Bestätigung der Eintracht! Die Deutsche demokratische Partei will um des Grundgesetzes der Freiheit willen die Privatstudien aufheben; aber einer die Schule zerbrechenden Bestimmung kann sie nicht zustimmen. Daß den staatlichen Behörden kein Recht, die Genehmigung zu verweigern, gegeben wird, übersteigt die Grenzen, die hier zur Sicherung der Schuleinheit gezogen werden müssen. Die demokratische Partei hat deshalb den zwischen Zentrum und Sozialdemokratie vereinbarten Bestimmungen nicht zugestimmt.

Mit schwerem Herzen hat sie den Artikel über die Schule überhaupt ausgemittelt, obwohl deren erste Fassung im wesentlichen ihr Wert gewesen ist. Sie erwartet von der politischen und der erzieherischen Einsicht des Volkes selbst, daß die Verfassungen, die durch einzelne Bestimmungen der Verfassung entstehen müssen, sich nicht in hohem Maße befähigen. Sie erwartet vielmehr, daß doch schließlich der Gedanke der inneren Zusammengehörigkeit überall alle Bestrebungen der Reformen überwinden wird.

Die Polenputz in Oberschlesien.

Die Kämpfe gegen die Insurgenten bei Kattowitz und Beuthen.

(Eigener Drahtbericht.)

Kattowitz, 19. Aug. Gegenwärtig ist im Abschnitt Kattowitz die Lage so, daß Kattowitz als fest in den Händen unserer Truppen gelten kann. Das aber im übrigen der größte Teil des Abschnittes sich in der Gewalt der Insurgenten befindet. Gegenwärtigen Truppenverhältnissen fällt die Aufgabe zu, die verloren gegangenen Teile dieses Bezirks wieder zu erobern und eine feste Grenzlinie zu errichten.

Aus dem Beuthener Bezirk wird gemeldet: Gegen Abend wurden starke Ansammlungen in der Gegend von Klein, Gotsula, Orzeszow, Sosenwalde, Schombera und besonders Kubitzsch beobachtet. Die Truppen des Abschnittes Beuthen nahmen an der Säuberung der Gegend teil. Friedensbrüche, Schleichereien, Mordanschläge und Mordanschläge. Für Beuthen wurde für alle Fälle ein größeres Truppenaufgebot bereitgestellt. Die Nacht verlief ruhig. Gegen Morgen wurden Teile des Detachements Salmann und des Regimentes 88 bei Katt., Beuthen, Kattowitz und in der Gegend Schombera, Orzeszow, Gotsula und Rosencrot einmarschiert, um die dort verbliebenen Insurgenten zu vertreiben. Nützliche Berichte über den Erfolg dieser Unternehmungen liegen noch aus. Im Beuthener Bezirk blieb das Militär der 2. Kav. Div. ein Bataillon Verstärkung ist einmarschiert.

Kattowitz, 19. Aug. (Wolff.) Absolut ist jetzt in den Händen der Reichswehrtruppen. Den Anführern gelang es, vereinigt kleine Gruppen nach längerem Gefecht in Folge Mangel an Munition zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Hoffnungen mehrmals ermorde. So ist der Führer der eingeleiteten Pionierkompanie auf dem Wege nach Jmeln in einem Hinterhalt zum Opfer gefallen. Die Erbitterung der Truppen, die ihre oberirdische Heimat verteidigen, kennt diesen hinterhältigen Feinden gegenüber keine Grenzen. Der größte Teil steht stellenweise ein Stundenlanges Feuergefecht mit großer Heftigkeit. Es ist dringend notwendig, daß fortgesetzte Truppenverpflichtungen in das Aufstandsgebiet geschickt werden, schon um die Grenzen ordnungsmäßig zu besetzen und eine Verbindung der Insurgenten und Polen unmöglich zu machen. Im Laufe des gestrigen Tages fanden dauernd Kämpfe in den Dörfern Koszyn, Schopitz, Janow und Gieschwald mit bewaffneten Bänden, die mit Maschinengewehren und schillernder Munition versehen waren, statt.

Beuthen, 19. Aug. (Wolff.) Weitere militärische Verstärkungen sind gestern in Oberschlesien angekommen. Ein Detachement rückte gestern in Sosenberg ein und säuberte den Ort, wobei 19 Personen festgenommen und Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen wurden. Jetzt herrscht dort Ruhe. Die Insurgenten haben sich nach Wobret zurückgezogen. Karja wurde im Laufe des Tages gesäubert und von den Truppen nach Kampf besetzt. Auch hier wurden Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen. Gegen Kattowitz bei Beuthen sind militärische Unternehmungen im Gange, da hier Det. noch zu säubern ist. Die Schließung wurde gestern von Truppen besetzt. Gegen Spine, das teilweise noch auf rührerisch gefasst ist, sind militärische Unternehmungen eingeleitet. Der Gottardischacht, der in der Hand der Aufreiter war, wurde gestern genommen. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Weitere Unternehmungen sind im Gange gegen Gieszow, Gotsula sowie in Richtung Rosencrot. Fortgesetzt werden Transporte von Gefangenen aus der Beuthener Gegend eingeleitet, von denen unzweifelhaft feststeht, daß sie sich am Aufbruch beteiligen haben.

Berlin, 19. Aug. (Eig. Drahtber.) Die gestern erfolgte Verkündung des Grundgesetzes in Oberschlesien hat die Stille der letzten, noch in Tätigkeit befindlichen Gruppen zur Folge gehabt. Seit heute früh ist daher eine vollständige Arbeitsruhe in Oberschlesien zu verzeichnen. Die Zahl der Ausständigen ist auf 150 000 gestiegen. In Folge der Stilllegung der letzten Gruppen ist die Kohlenförderung ganz unterbrochen und die noch bis gestern mäßige Verladung von annähernd 1000 Waggons Steinkohlen hat vollkommen aufgehört.

Berlin, 19. Aug. (Eig. Drahtber.) Die von anderer Seite verbreitete Nachricht, daß das preussische Kabinett heute an einer Beratung über

die oberirdischen Voraussetzungen aufzunehmen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die meisten Mitglieder der preussischen Staatsregierung sind ausenblicklich von Berlin abwesend.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Eröffnung der Sitzung um 10.05 Uhr. Kurze Anfragen.

Eine Anfrage des unabh. Abg. Seeger behandelt die Fürsorge für die vertriebenen Elsas-Lothringer. Geh. Rat Weller erwidert, die Notlage dieser Vertriebenen sei der Reichsregierung bekannt. Die Hilfsaktion sei dem Polen-Kreis übertragen worden. Es werde auch Erwerbslosenunterstützung gewährt. Besonders hervorzuheben sei die Arbeitvermittlung gerichtet. Ebenso können Darlehen zur Wiederherstellung der Existenz gewährt werden. Ein Gesetz zur Regelung der Frage sei in Vorbereitung.

Die nächste Anfrage des Abg. Riedmiller (Soz.) behandelt die Notlage der während des Krieges aus der Schweiz einberufenen deutschen Wehrmänner, die jetzt infolge des Einreiseverbotes ihr zurückgelassenes Hab und Gut aus der Schweiz nicht abholen können.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß die Schweiz in dieser Hinsicht entgegenkommend zugeteilt habe. Auf die Anfrage des Abg. v. Gräfe (D.M.), ob die Reichsregierung bereit sei, das Aktienmaterial zu veröffentlichen, das über die Tätigkeit des früheren Staatssekretärs Kühlmann Aufschluß gebe und das unbedingt notwendig sei zur richtigen Beurteilung der Vorgänge, die i. Zl. in der Nationalversammlung besprochen worden seien und welche Anlaß gegeben hätten zu den bekannten Erklärungen Dr. Michaelis, Eidenburgs, Lubendorfs und Dr. Helfferichs, erwidert ein Regierungsvertreter, daß dieses Material demnach der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Inwiefern letzteres der Fall sein könne, unterliegt zurzeit der Prüfung, da nach internationalem Brauch die Veröffentlichung nicht ohne das Einverständnis fremder Regierungen erfolgen könne.

Geh. Rat v. Weller beantwortet dann eine Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.), was zur Behinderung der wagnisreichen Abwanderung deutscher Kunststoffe ins Ausland, die im Zusammenhang mit dem schlechten Stand unserer Wäلتa stehe, in Aussicht genommen sei, damit, daß gezielte Maßnahmen in Vorbereitung seien.

Die Außenhandelsstellen, die laut Anfrage des Abg. Duag (D. Sp.) eine außerordentliche Erhöhung des Handels mit sich brächten, sollen nach Mitteilung der Regierung nur insoweit bestehen, als sie notwendig erscheinen, um wirtschaftliche Unternehmungen zu vermeiden.

Ein wiederholte Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann beschäftigt sich mit dem bekannten Fall Mannheimer-Berlin. Sie wird von Geh. Rat v. Weller dahin beantwortet, daß die französischen Soldaten nicht in Schußhaft genommen, sondern von der Polizei gegen die errante Menage geschützt worden, nach der Polizei abbracht und dort über ihre Personalien vernommen worden seien. Kameraden hätten sie dann nach der Wäلتa abbracht. Die zur Wäلتa gehörigen Verionen seien als exterritorial und können nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung könne leider keine Vorkehrungen treffen, um die Wiederkehr solcher unliebsamer Vorfälle zu verhindern. Bei der gegenwärtigen Lage unserer politischen Verhältnisse seien wir leider nicht imstande, für die Verstraffung der Schuldigen einzutreten, die durch Ruhe. Wir sind die Sieger. Nur die Schwärze! das Publikum erwartet und den einzelnen Anlaß aus dem bedauerlichen Vorkommnis abzulesen hätten.

Es folgte die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über Entzignungen und Entschädigungen

aus Anlaß des Friedensvertrages in Verbindung mit der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag. Beide Vorlagen werden dem Haushaltsaus-schuss überwiesen, nachdem Reichsminister Müller auszuführen hatte: Die erste Vorlage wird der Reichsregierung die rechtliche Grundlage zur Durchführung einer Reihe von Bestimmungen des Friedensvertrages geben. Sie wird durch ermächtigt, soweit nicht eine freiwillige Abgabe notwendigere Gegenstände, die auf Grund des Friedensvertrages abzuliefern sind, erfolgt, diese für das Reich aus annehmlicher Entschädigung zu enteignen. Zu diesem Zweck wird ein beschleunigtes Enteignungsverfahren eingeführt werden. Der Zweck des zweiten Entwurfes erahnt sich aus der Ueberschrift und den näher angezeigten einzelnen Abschnitten (Geldverbindlichkeiten, Lieferungen, Schutzbüchlein usw.). Während der Sommerpause der Nationalversammlung soll die Regierung auch dringliche gesetzgeberische Maßnahmen treffen können. Es folgte die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die

Polizeibehörden in Verbindung mit der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Polizeigesetzes und des Gesetzesentwurfes über die Telegraphen- und Fernsprechbehörden. Die §§ 1 bis 8 des Entwurfes über die Polizeibehörden werden ohne Erörterung angenommen. Zu § 4 beantragte der Hr. Hugo (D. Sp.) die Beibehaltung des bisherigen Wortes, die Befreiung von der beschriebenen Reichsabgabe für Personen und Zeitschriften, die unter Kreuzband versandt werden. Direktor Lange vom Reichspostministerium erklärt, daß bisher von der Presse noch keine entsprechenden Wünsche geäußert worden seien. Ferner habe die jetztige Verhandlung zu derartigen Wünschen geführt, daß die Beibehaltung des jetzigen Wortes von der gesamten Beamtenchaft für unmöglich gehalten wird.

§ 4 wird unter Ablehnung des Antrages Hugo angenommen, desgleichen der Rest des Gesetzes, sowie ein Antrag, daß bereits am 1. Januar 1920 die Einführung des Grundgesetzes unter gleichzeitiger Herabsetzung der Gewerbesteuer für Druck- und Verlagsvertriebsverträge auf 500 Gramm vorzunehmen sei, daß ferner ein baldiger Entwurf einzubringen sei, durch den alle Vortagehörsfreiheit aufgehoben und das Vortagehörsverfahren beseitigt wird. Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen. Das Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes wird ohne Erörterung in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzesentwurf über die Telegraphen- und Fernsprechbehörden.

Das Gesetz über Wagenheißung und Wäلتnerinnenfürsorge findet in zweiter und dritter Lesung gleichfalls Annahme. Naturgemäß brechen zu diesem Gesetz die weiblichen Abgeordneten, die fast ausschließlich Grundbesitzerinnen sind, aber auch bedauern, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr getan werden könne. Der Präsident schloß die Sitzung ab. Der polnische Zustand in Oberschlesien. Reichsminister Bauer nimmt das Wort zur folgenden Erklärung:

Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über eine friedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien polnische Agitatoren einen gewalttätigen bewaffneten Aufstand herbeizuführen versucht. Es sind die heutzutage üblichen Nachrichten im Umkreis. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß die alarmierenden Nachrichten erheblich übertrieben sind. Am 12. Uhr mittags ist die Mitteilung eingetroffen, daß das Generalkommando Herr der Lage sei. Wo polnische Truppen eingedrungen sind, sind sie zurückgetrieben oder festgenommen worden. Nur im Gebiet südlich der Linie Beuthen-Abzwitz hatten sich noch polnische Bände auf, die noch nicht gefestigt sind. Regelmäßig polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Nach Rückkehr des Generalkommandos tritt auch die Nachricht von der Vertreibung der polnischen Truppen ein. Wir sind mit größter Aufmerksamkeit auf die polnische Seite in Oberschlesien, die befürchten, daß die Volksstimmung zu ihren Ungunsten ausfallen könnte, und die deshalb unter allen Umständen jetzt schon feststehende Tatsachen klären wollen. Unsere Aufgabe wird sein, solche Bemühungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Friedensvertrag entsprechend eine wirksam unbehinderte unparteiische Entscheidung seitens Oberschlesiens erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, die oberirdische Bevölkerung vor solchen nationalpolitischen Angriffen zu beschützen. Es geschieht mit zur Freude, feststellen zu können, daß die polnische Regierung diesen Streit fernhält, daß die polnischen Truppen sich nicht beteiligen haben. Ich glaube, daß diese Mitteilungen dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberschlesien zu wirken. Darauf verlas ich das Gm. am nachmittags 4 Uhr.

Die deutsche Republik.

Die Vereidigung des Reichspräsidenten.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Weimar, 19. Aug. Nach einem Besuch des Reichspräsidenten der Nationalversammlung ist die Vereidigung des Reichspräsidenten Ebert auf Donnerstag den 21. August, nachmittags 6 Uhr, festgesetzt worden.

Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 19. Aug. Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung am nächsten Samstag von Weimar nach Berlin zurückkehren.

Der Anleihebrief.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Weimar, 19. Aug. Der Entwurf eines Gesetzes über einen Anleihebrief für das Rechnungsjahr 1919 in Höhe von 9 Milliarden Mark wurde im Hauptauschuss angenommen mit einem Aufschub, der dem Reichsfinanzminister ermächtigt, eine Präliminaria auszusuchen, die mit steuerlichen Vorarbeiten ausgearbeitet sein kann.

Der Leiter der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Aug. (Wolff.) Ministerialdirektor Kausch hat gestern die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes übernommen.

Die großhüttingische Frage.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 19. Aug. (Wolff.) Reichspräsident Ebert stattete am Montag der Landesregierung in Rudolstadt einen Besuch ab. Es wurden hierbei eine Reihe schwebender Fragen durchgesprochen, wobei sich volle Uebereinstimmung der Ansichten erab. Insbesondere das tariffähige Einreichen des Reichspräsidenten in der Frage der Schaffung eines archidynastischen Staates löste lebhaftes Vertrieben aus.

Einzug der Regierungstruppen in Chemnitz.

(Eigener Drahtbericht.)

Chemnitz, 19. Aug. (Wolff.) Die um Chemnitz vertriebenen Truppen sind heute früh landungslos in die Stadt eingezogen. Der Oberbefehlshaber teilte in einer durch Flieger abgeworfenen Botschaft mit, daß die Bewohner der Stadt Chemnitz und Umgebung mit: Nachdem meine Vorforderung vom 11. August zur Waffenablieferung und zur Entlieferung der widerrechtlich besetzten Gegenstände bisher in gänzlich unangenehmer Weise entgegnet wurde, rufe ich heute zur Durchführung der zur Wiederherstellung dauernd geordneter Verhältnisse nötigen Maßnahmen mit den mir unterstellten Truppen ein. Die Bevölkerung erlaube ich, mir Vertrauen zu schenken, die Ruhe zu beobachten, die Arbeit ohne Störung fortzusetzen und die Truppen in keiner Weise zu belästigen.

Die Eisenbahnunruhen im Saargebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Weimar, 19. Aug. Am Saargebiet brachen, wie bereits gemeldet, ernsthafte Eisenbahnunruhen aus. Es wurde ein Aufbruch auf die Eisenbahnwerkstätten von Saarbrücken und Burbach unternommen, ebenso fand ein Sturm auf das Gleiderman in der Eisenbahnverwaltung statt. Ausendliche Kurieren rufen sich aufeinander, um sich der Rasse der Eisenbahnverwaltung zu bemächtigen. Dieser Angriff ist in der französischen Militärbehörden traf strenge Maßnahmen, um die Unruhen zu unterdrücken.

Die Kosten der bayerischen U- und S-Bäte.

(Eigener Drahtbericht.)

6. München, 19. Aug. Der A- und S-Rat bezuschlagte seit dem 9. November 1918 Gesamtkosten von 1 1/2 Milliarden Mark.

Badische Politik.

Zur Sozialisierung der Kinos.

Die zurzeit in München tagende Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer. E. B. die weit über 1000 organisierte deutsche Lichtspieltheaterbesitzer aus allen Bundesländern in der bayerischen Landeshauptstadt vereinigte, hat an den Badischen Landtag wegen der Sozialisierung und Kammerkassierung der Lichtspieltheater folgende Resolutionen erlassen:

Die Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer erachtet die Lichtspieltheater als ein Sozialökonomisches und kommunales Gut und beantragt, daß diese unter Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitglieder der Filmwirtschaft, die der Bildung, Erholung und Reizwirkung der breiten Allgemeinheit dienen, nicht als ein rein wirtschaftliches Gut angesehen werden dürfen. Von dem Grundsatze auszugehen, daß jede künstlerische Schöpfung der Kinos ein öffentliches Gut ist, wo ein politisches Lieb, ein artistisches Lieb dort er-

findet, verlangen die deutschen Theaterbesitzer, im ersten Bestreben durch Selbsthilfe alles von ihren Theatern fern zu halten, was den Massen schädlich sein könnte, von jeder Sozialisierung absehen, die den Ruin eines großen Teiles minder art reicher Staatsbürger bilden würde.

Die Theaterbesitzer, die selbst im Kampfe mit dem Kapitalismus der Grobverleiber und Grobfabrianten stehen, rechnen bestimmt in diesem Krisenstadium auf die Einsicht und Unterstützung der Volksvertretung.

II.

Die Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer erhebt ernstlichen Protest gegen die bevorstehende Verleihung eines Teiles der deutschen Filmfabrikation, die sich in einer Art von soa. Aufführungs- und Schul-filmern zeigt und für die Theaterbesitzer der Allgemeinheit gegenüber die alleinige Verantwortung zu tragen annehmen ist.

Um diesem Uebelstande abzuwehren, bittet der Reichsverband, sofort eine im freirechtlichen Sinne an-handhabbare und der neuen Zeit entsprechende Reichs-filmgesetz unter Mitwirkung der Interessentenkreise einzuführen.

Aus der Demokratischen Partei.

In Basel wurde ein Ortsverein der Deutschen Demokratischen Partei gegründet. Eine fastliche Anzahl der dort ansässigen badischen Beamten, die nach der neuen Verfassung zum badischen Landtag wahlberechtigt sind, trat bei.

Aus Baden.

Badischer Schuhmacherverband.

Zu der in Offenbach abgehaltenen Tagung des Badischen Schuhmacherverbandes hatten sich auch Vertreter anderer Badischer Verbände und der Gewerkschaften Freiburg einfinden. Der Geschäftsbericht erzielte der Verbandsvorsitzende, Stadtrat Wea - Freiburg, der gegen die Verteilung des Leders Einbruch erhob, das vielfach in den Schleichhandel wandert und von dort zu hohen Preisen weiter verkauft wird. Der Vorsitzende teilte mit, daß verschiedene neue Anträge teils acardind wurden, teils in der Gründung beiraffen sind. Eine einmütige Ansprache erhob sich über die Lederforum des Schuhmacherverbandes. Da der Großhandel amerikanisches Leder erzeuften, das außerordentlich teuer sei. Durchaus nicht miktigen Preissteigerungen von 140 bis 170 Prozent auf Schuhwaren einzuwirken. In einer Entschließung wurde gegen die Aufhebung der Lederwirtschaftlichen Einbruch erhoben. Die Tagung befachte sich dann noch mit der Lehrplanauswahl und Ausbildungsfrage und forderte die Gründung einer Fachschule. Bei den Wahlen wurde der 1. Vorsitzende Wea und der 2. Vorsitzende R. Kall-Baden wiedergewählt; ferner wurde die Anstellung eines Sekretärs beschlossen.

„Pforzheim, 19. Aug. Ein mächtiger schwarzer laderter Kraftwagen erzeugt augenblicklich die Aufmerksamkeit der Straßenpassanten. Es handelt sich dabei um einen Leichenkutschwagen, der die Besten von Trauerbesuchern nach der Leichenhalle bringt.

„Wilhelmsfeld (Heidelberg), 19. Aug. In Vorderhausen spielte der Tisch. Sohn einer Landwirtschaftsfamilie mit einer alten Wittve und setzte ein Hindernis dar. Richtig brachte ein Sturz. Die ganze Ladung ging mit dem Leichenwagen neugierigen Mägdchen durch den Leib. Erlos sofortiger Operation nach das Kind.

„Mannheim, 19. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der Bürgerausschuss stimmte in seiner heutigen Sitzung noch eingehender Debatte der Neuregelung der Besätze des städtischen Personalstatuts zu. Die Aufwendungen hierfür im Betrage von etwa 9 Millionen Mark müssen durch eine nachträgliche Millione aufgebracht werden. Die einjährige Laufzeit für 1919 beträgt demnach 67 Wfa.

„Wehrstedenbach bei Gerbach, 20. Aug. Die 60jährige Wittve des Polizeidieners Demuth wurde von einem umfälligen Wagen getötet.

„Mundingen (Emmendingen), 19. Aug. Der mit seiner Frau schon lange in Unfrieden lebende Nachbar Benzing er hat diese in den Neben erdosen. Benzing überließ die nichtgenügende Frau, die he zu Boden und gab drei Schüsse auf sie ab, die sofort tödlich waren. Dann eilte er nach Hause und erhängte sich.

„Freiburg, 19. Aug. In einer Versammlung der vertriebenen Elsas-Lothringer wurde lebhaft Klage geäußert über die Behandlung, die man einem Vertreter der Vertriebenen in Berlin habe auf Zell werden lassen. Man habe ihm bei 14 Haftortis herumgeschickt und niemand habe sich für aufständig erklärt. Vorwürfe zu machen.

„Freiburg, 19. Aug. Die Bauernarbeiter Oberbadens sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie hielten eine Versammlung ab, in der von verschiedenen Rednern dargelegt wurde, daß die Lohnverhältnisse in den oberbadischen Bauern die schlechtesten seien. In einer Entschließung wurde eine Verbesserung der Löhne verlangt.

„Staufen, 18. Aug. Die Wäلتen zeigen einen sehr schönen Behana. Von Wäلتenfreiheit ist keine Spur zu ersehen. Aus anderen Gemeindefürden, so auch aus Burbach, wird ein leicht anstehender Stand der Wäلتen gemeldet.

„Som Schwarzwald, 19. Aug. Allmählich geht nun die Heidelbeerezeit ihrem Ende entgegen. Täglich werden aus den Bodmaldungen noch ansehnliche Körbe und Eimer voll in die Orte getragen. Der Wäلتen und Wäلتen sind noch immer sehr stark. Der Beerenreichtum ist vielfach zu außerordentlich anroh, daß überhaupt nicht alle Heidelbeeren abgehoben werden können. Am häufigsten sind sie in den Privatwaldungen, in den sogenannten „Bauernwäلتen“, Einmächtigen Bauern ackerlichen armen Frauen und Kindern gern das Beerenlesen und machen, da ihre Familienanarchie und die Dienstboten selbst nicht Zeit zum Sammeln finden, die Wäلتen einer Körbe voll Heidelbeeren zur Bedienung. Da in den Bauernwäلتen alle buchstäblich kämmer von Beeren ist, fällt das Sammeln nicht schwer und beide Teile kommen auf ihre Rechnung.

„Die kleinen Rentner und die Steuer-gesetzgebung. Von Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R. Es gibt wohl keine Schicht im deutschen Volk, die durch die gegenwärtige finanzielle Lage so in Angst und Sorge um ihren Lebensunterhalt getrieben ist wie die Männer und Frauen, die von den kleinen Kapitalisten leben müssen oder deren Einkommen doch der Ergänzung durch diese Zinsen dringend bedürfen. Diese Männer und Frauen, die kleineren Vermögen gelten einer einseitigen Betrachtung als Kapitalisten und werden in einer Zeit, in der die Wäلتen mit all den Drogen und Luxusgegenständen von unbedeutendem Kapital zehren und gewaltigen Wirtschaftslöhnen als bloße Getriebel und heilige, nichts könnte ungerechter sein als diese Betrachtung. Sie verdienen vollständig, daß die

„Die kleinen Rentner und die Steuer-gesetzgebung. Von Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R. Es gibt wohl keine Schicht im deutschen Volk, die durch die gegenwärtige finanzielle Lage so in Angst und Sorge um ihren Lebensunterhalt getrieben ist wie die Männer und Frauen, die von den kleinen Kapitalisten leben müssen oder deren Einkommen doch der Ergänzung durch diese Zinsen dringend bedürfen. Diese Männer und Frauen, die kleineren Vermögen gelten einer einseitigen Betrachtung als Kapitalisten und werden in einer Zeit, in der die Wäلتen mit all den Drogen und Luxusgegenständen von unbedeutendem Kapital zehren und gewaltigen Wirtschaftslöhnen als bloße Getriebel und heilige, nichts könnte ungerechter sein als diese Betrachtung. Sie verdienen vollständig, daß die

„Die kleinen Rentner und die Steuer-gesetzgebung. Von Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R. Es gibt wohl keine Schicht im deutschen Volk, die durch die gegenwärtige finanzielle Lage so in Angst und Sorge um ihren Lebensunterhalt getrieben ist wie die Männer und Frauen, die von den kleinen Kapitalisten leben müssen oder deren Einkommen doch der Ergänzung durch diese Zinsen dringend bedürfen. Diese Männer und Frauen, die kleineren Vermögen gelten einer einseitigen Betrachtung als Kapitalisten und werden in einer Zeit, in der die Wäلتen mit all den Drogen und Luxusgegenständen von unbedeutendem Kapital zehren und gewaltigen Wirtschaftslöhnen als bloße Getriebel und heilige, nichts könnte ungerechter sein als diese Betrachtung. Sie verdienen vollständig, daß die

„Die kleinen Rentner und die Steuer-gesetzgebung. Von Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R. Es gibt wohl keine Schicht im deutschen Volk, die durch die gegenwärtige finanzielle Lage so in Angst und Sorge um ihren Lebensunterhalt getrieben ist wie die Männer und Frauen, die von den kleinen Kapitalisten leben müssen oder deren Einkommen doch der Ergänzung durch diese Zinsen dringend bedürfen. Diese Männer und Frauen, die kleineren Vermögen gelten einer einseitigen Betrachtung als Kapitalisten und werden in einer Zeit, in der die Wäلتen mit all den Drogen und Luxusgegenständen von unbedeutendem Kapital zehren und gewaltigen Wirtschaftslöhnen als bloße Getriebel und heilige, nichts könnte ungerechter sein als diese Betrachtung. Sie verdienen vollständig, daß die

„Die kleinen Rentner und die Steuer-gesetzgebung. Von Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R. Es gibt wohl keine Schicht im deutschen Volk, die durch die gegenwärtige finanzielle Lage so in Angst und Sorge um ihren Lebensunterhalt getrieben ist wie die Männer und Frauen, die von den kleinen Kapitalisten leben müssen oder deren Einkommen doch der Ergänzung durch diese Zinsen dringend bedürfen. Diese Männer und Frauen, die kleineren Vermögen gelten einer einseitigen Betrachtung als Kapitalisten und werden in einer Zeit, in der die Wäلتen mit all den Drogen und Luxusgegenständen von unbedeutendem Kapital zehren und gewaltigen Wirtschaftslöhnen als bloße Getriebel und heilige, nichts könnte ungerechter sein als diese Betrachtung. Sie verdienen vollständig, daß die

Aus dem Wirtschaftsleben.

Keine Zwangsberücksichtigung des Herbstobstes. Amlich wird mitgeteilt, daß von einer Zwangsberücksichtigung des Herbstobstes in diesem Jahr abgesehen wird.

Zwangsberücksichtigung der Kartoffelernte.

Berlin, 19. Aug. (Hoff.) Dem Vernehmen nach werden von verschiedenen Seiten arge Klagen in Verbindung mit der neuen Ernte beklagt.

Roggenkleinbrot.

Das Ministerium des Innern hat den Bäckern gestattet, aus Roggen auch Kleinbrot im Gewicht von 100 Gramm herzustellen.

Auchen aus amerikanischen Mehl.

Verschiedentlich ist es vorgekommen, daß die Versorgungsbedürfnisse aus dem amerikanischen Weizenmehl befriedigt, Roggenbrot und auch Auchen ohne Obstkörner beim Bäcker herstellen ließen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Giffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Berliner Börse.

Berlin, 19. Aug. Bei hochgradiger Geschäftstillung war die Kursveränderung an der Börse wenig beachtlich. Montanwerte erfuhr anfangs, mit Ausnahme der Mehrzahl der oberösterreichischen, mächtige Rückgänge.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for date (18. Aug., 19. Aug.), item names (e.g., Schantungb., Gr. El. Straßebahn), and prices.

beantwort, die 3 1/2 % gegen den Abendkurs anwogen. Auch Farbwerke Höchst erzielten Kursbesserungen von 3 %.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for date (18. Aug., 19. Aug.), item names (e.g., Badische Bank, Darmst. Bank), and prices.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

Table with columns for date (18. Aug., 19. Aug.), country (e.g., Holland, Dänemark), and exchange rates.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 19. Aug. Da wesentlich neue Momente, die auf die Haltung der Börse einen Einfluß hätten haben können, nicht vorlagen, war keine Veränderung der Stimmung zu verzeichnen.

Kaufmanns nicht in Einklang zu bringen sei. Wegen der Einführung der Aktien an der Frankfurter Börse wurde darauf hingewiesen, daß dieser Einführung hunderttechnische Gründe an der Frankfurter Börse im Wege gestanden hätten.

Washington, 18. Aug. (Via. Bericht.) Die Berichte in europäischen Zeitungen über Verhältnisse in Amerika, um Deutsche Kredite zu gewähren, entbrechen in der ungeführten Form nicht den Tatsachen.

Gründungsfeier in Rumänien. Die kaum anders zu erwarten war, hat der für Rumänien, weitgehend nach rumänischer Auffassung glücklich ausgegangene Krieg dort ein Gründungsereignis herbeigeführt.

Beny & Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik U.-G. Mannheim.

Mannheim, 18. Aug. Auf der heutigen Generalversammlung waren durch 88 Aktionäre 6 118 000 Mk. Aktienkapital beigesteuert.

Large advertisement for 'Weinbrand Cognac Marke Goldstück' by Jacob Stück. Includes an image of a bottle and the text 'Goldstück' in large letters.

Advertisement for Dr. Weißblum, featuring the text 'Lehrerin oder Lehrer gesucht' and 'staatlich geprüft, evang., Unterricht ein Kind, Lehrplan Realschule'.

Advertisement for 'Elita' by Familie Theodor Zenker, mentioning 'Heute früh verschied sanft, 23 Jahre alt, unsere liebe Elita'.

Advertisement for 'Gute Lederholzfische' and 'Zerrissene Strümpfe', offering repairs and new stockings.

Advertisement for Karl Schmidt, 'Städt. Straßenbahnschaffner', with a 'Danksagung' (thank you note) for his assistance.

Advertisement for 'Sanften langanhaltenden Schnitt' (shaving) by Karl Hummel, featuring an image of a razor.

Advertisement for 'Schreibmaschinen' (typewriters) and 'Durlach Anzeigen- und Abonnements-Bestellungen'.